



Essen, d. 18.01.2011

Betreff: »Obama lockert Sanktionen gegen Kuba«, NRZ, 17.01.2011

Bei den in der NRZ-Meldung beschönigend »Sanktionen« bzw. »Handelsembargo« genannten Maßnahmen der USA handelt es sich in Wahrheit um eine umfassende Handels-, Finanz- und Wirtschaftsblockade, die auch Drittländer und Firmen rund um den Globus bei Handel mit Cuba mit Sanktionen belegt. Diese völkerrechtswidrige Blockade, die jährlich von der UN-Vollversammlung fast einstimmig verurteilt wird, dauert seit nunmehr 50 Jahren an und wird flankierend auch von der EU mit eigenen Maßnahmen gestützt – einmalig in der Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Die nunmehr von Obama dekretierten kosmetischen Maßnahmen betreffen vorrangig einen kleinen Kreis von US-Bürgern (»Studenten, Künstler, Kirchengruppen«). Sie werfen jedoch auch ein Schlaglicht auf einen Umstand, der hierzulande weitgehend verschwiegen wird: Das in der anticubanischen Propaganda quasi mit einem Heiligenschein versehene, »universelle« Recht auf Reisefreiheit gilt NICHT für US-Bürger/innen - wenn sie denn nach Cuba (»Feindesland«!) reisen wollen. Nicht beim US-Finanzministerium angemeldete Reisen werden geahndet und mit Geld- und Haftstrafen sanktioniert.

Im übrigen wurde in den vergangenen Monaten die Zahl der Sanktionsmaßnahmen gegen Unternehmen wegen des Handels mit Cuba sogar signifikant erhöht.

Die Blockade gegen Cuba wurde vor 50 Jahren mit dem ausdrücklichen Ziel errichtet, »Hungeraufstände gegen das Castro- Regime« zu initiieren. Daran hat sich bis heute nichts geändert, wird doch immer noch ausdrücklich der »Systemwandel« auf Cuba als Ziel aller Maßnahmen benannt.

Und jene, die die seit Jahrzehnten vom Boden der USA ausgehenden Terroranschläge gegen ihre Heimat verhindern, werden gnadenlos von der US-Justiz verfolgt. So wie die weltweit als MIAMI 5 bekannt gewordenen fünf Cubaner, die in den 90er Jahren zwar die Terrorgruppen in Miami unterwandert, allerdings keine Spionage gegen US-Einrichtungen betrieben haben. Dies wurde in ihrem Schauprozess in Miami 1998 zwar sowohl von hohen US-Militärs und selbst von der Staatsanwaltschaft zugestanden, dennoch wurden die fünf (wegen »Spionage«) zu

extremen Haftstrafen bis zu mehrmals lebenslänglich verurteilt und sind nun seit über 12 Jahren als politische Gefangene in Hochsicherheitsgefängnissen, quer über die USA verteilt, inhaftiert.

Wollte US-Präsident Obama sein Wahlversprechen wahr machen und die Beziehungen zu Cuba tatsächlich normalisieren wollen, so könnte er dies mit einem Federstrich, nämlich der unverzüglichen Freilassung der fünf, unter Beweis stellen.

***Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Regionalgruppe Essen
i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender***

Montag, 17. Januar 2011

Obama lockert Sanktionen gegen Kuba

Washington/Miami. US-Präsident Barack Obama hat die Sanktionen gegen Kuba gelockert. Er ordnete am Freitag an, weitere Beschränkungen für Reisen aufzuheben. Es solle Studenten, Künstlern und Kirchengruppen erleichtert werden, in den Karibikstaat zu fliegen. Künftig dürften von allen internationalen Flughäfen in den USA Charterflüge nach Kuba angeboten werden. Zudem werde es einfacher, Gelder an Nicht-Familienmitglieder in Kuba zu schicken. Zu Beginn seiner Regierungszeit hatte Obama eine Änderung der Kuba-Politik seines Landes angekündigt und einige Sanktionen bereits leicht gelockert. Für ein Ende des Handelsembargos verlangte er jedoch demokratische Reformen und eine Stärkung der Menschenrechte. rt